

Stellungnahme zur Abstimmung über die Familieninitiative vom 24. November 2013

Von Hamsterrad- und Herdprämien

Die Hausfrauen- und Hausmännergewerkschaft setzt sich für ein JA zur Familieninitiative ein.

Alles und jeder soll unterstützt werden, nur diejenigen, die bereit sind ihre eigenen Kinder selber zu betreuen, nicht. - Es ist ähnlich wie in der Schule. Diejenigen welche zu einem reibungslosen Schulbetrieb beitragen, erhalten am wenigsten Aufmerksamkeit und Unterstützung.

Erwerbsarbeit und Familienarbeit sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden. Beide sind für eine prosperierende Gesellschaft wichtig. Trotzdem wird von einer „Herdprämie“ gesprochen, die vor allem Frauen wieder in die traditionelle Rollenverteilung locken würde. Als würden die Entscheide bezüglich Kind und Karriere nur von monetären Faktoren beeinflusst. Müsste dann der Fremdbetreuungsabzug konsequenterweise nicht auch als Eintrittsprämie ins Hamsterrad bezeichnet werden? So gesehen würden Eltern mit dem heutigen Fremdbetreuungsabzug weg vom heimischen Herd, an die Werkstätte des Arbeitgebers gelenkt werden.

Die kommende Abstimmung reiht sich ein in eine Reihe von parlamentarischen Vorstössen, welche die steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern zum Ziel hatten. Zu Beginn wurde noch über Fremd- und Eigenbetreuungsabzug diskutiert. Infolge des Beschlusses der Bundesversammlung von 2009 über die steuerliche Entlastung von Familien wurde der Eigenbetreuungsabzug fallen gelassen. Diese Ungerechtigkeit soll mit der kommenden Abstimmung aufgehoben werden.

Stellungnahme zu den gängigsten Argumente gegen die Initiative:

„Die Kosten bei Annahme der Initiative werden enorm sein“

Korrekterweise sollte man hier von potenziellen Mindereinnahmen sprechen, da die Umsetzung der Initiative keine direkten Ausgaben zur Folge hat. Zudem hat selbst Bundesrätin Widmer-Schlumpf in ihrer Pressekonferenz eingeräumt, dass die Initiative auch völlig kostenneutral umgesetzt werden könnte. Von den Initianten wird lediglich ein mindestens gleich hoher Abzug wie für Fremdbetreuung verlangt.

Dass durch die Einführung des Fremdbetreuungsabzugs 2011 Steuerausfälle entstanden sind, scheint niemanden zu stören. Dazu kommen massive Aufwände der Gemeinden, um Betreuungsplätze und Mittagstische zu subventionieren.

„Familien welche ihre Kinder selber betreuen, können es sich leisten und brauchen deshalb nicht noch zusätzliche Unterstützung“

Diese Aussage ist zynisch. Tatsache ist, dass viele Familien auf ein höheres Einkommen verzichten und sich in materieller Hinsicht stark einschränken. Und zwar in der Gegenwart und in der Zukunft (tieferer Lohn bei beruflichem Wiedereinstieg, Altersvorsorge, etc.).

Zudem gibt es immer mehr Eltern, welche sich sowohl Erwerbs- als auch Familienarbeit untereinander aufteilen, um sich selber um ihren Nachwuchs kümmern zu können. Gerade Familien, welche sich anstrengen, ihre Selbstverantwortung wahrnehmen und die Gesellschaft nicht übermäßig belasten, sollten in ihrem Vorhaben unterstützt und bestärkt werden.

„Arbeit muss sich lohnen“

Genau! Und zwar in Form von Anerkennung, Wertschätzung, Gegenleistung oder finanziellen Mitteln. Kinder zu betreuen ist Arbeit.

„Familien mit niedrigem Einkommen profitieren nicht“

Sowohl der jetzige Fremdbetreuungsabzug als auch die Initiative sind nicht darauf ausgelegt, Familien mit geringem Einkommen direkt zu unterstützen, da diese mit wenig bis gar keinen Steuern belastet werden.

Beim Ziel der steuerlichen Entlastung von Familien mit Kindern lag der Fokus v.a. auf den mittelständischen Familien, welche immer stärker ökonomisch bedrängt sind. Geht es dem Mittelstand schlecht, geht es den weniger Verdienenden auch nicht besser.

„Familien welche ihre Kinder selber betreuen haben keine Kosten“

Fremdbetreuungskosten enthalten neben der Betreuung auch Vergütungen für Mahlzeiten, Materialaufwand, Ausflüge, Putz- und Wascharbeiten, etc. Diese Ausgaben fallen ebenfalls bei Selbstbetreuern an, dürfen aber nicht in der Steuererklärung berücksichtigt werden.

Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen, verzichten auf ihr maximales Einkommenspotenzial und müssen sich oft sehr einschränken. Diese sogenannten Opportunitätskosten sind zwar keine direkten Ausgaben, aber dennoch Kosten.